Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 67 (1975)

Heft: 1

Artikel: Musterfall eines sozialen Konflikts : der Streik bei Brown Boveri 1899

Autor: Müller, Christian

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-354726

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.10.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Musterfall eines sozialen Konflikts: Der Streik bei Brown Boveri 1899

Christian Müller

Kürzlich ist im Sauerländer Verlag ein Buch von *Christian Müller* über *«Arbeiterbewegung und Unternehmerpolitik in der aufstrebenden Industriestadt»* erschienen. Diese wertvolle sozialgeschichtliche Untersuchung, vorbildlich lebendig und klar geschrieben, ist auf einen bestimmten Zeitabschnitt (1891–1914) und eine bestimmte Region (Baden) begrenzt. Anschaulich schildert der Autor die damaligen Zustände, das Entstehen und die Tätigkeit der örtlichen Arbeiterorganisationen (1893 wurde eine Metallarbeiter-Gewerkschaft, 1898 der «Arbeiterbund Dynamo» gegründet), insbesondere aber auch die sozialen Konflikte. Im Mittelpunkt der Untersuchung steht der Streik bei der Firma Brown Boveri (BBC) im Jahre 1899. Dieser Arbeitskonflikt ist dadurch charakterisiert, dass es nicht um materielle Forderungen, sondern primär um das Koalitionsrecht ging. Im folgenden publizieren wir diesen Teil der Untersuchung von Christian Müller im Wortlaut. Es wurden lediglich zwei unwesentliche Kürzungen vorgenommen und die Fussnoten weggelassen. – Wir danken Verlag und Autor für die Abdruck-Erlaubnis!

Redaktion
Gewerkschaftliche Rundschau

1. Vorbemerkung

Obwohl der BBC-Streik von 1899 in keiner Firmen-Gedenkschrift verzeichnet ist, war er der grösste, den die Firma Brown Boveri bis heute erlebt hat. Er war auch der grösste der Stadt Baden im untersuchten Zeitraum. Und schliesslich zählt er auch gesamtschweizerisch zu den grossen jener Zeit; jedenfalls war Baden für den Schweizerischen Gewerkschaftsbund in den Jahren 1898 und 1899 die teuerste Stadt.

Wir haben also guten Grund, dieses sozialgeschichtliche Ereignis so hell wie möglich zu beleuchten, um so mehr, als Streikdarstellungen in der Schweiz in auffallend geringer Zahl vorliegen.

«Die interessantesten Seiten eines Streiks» seien «die Zahl der Teilnehmer, die Dauer des Streiks und die hiefür aufgewendeten Gelder», meint Erich Gruner, nennt darüber hinaus in seinem Buch «Die Arbeiter in der Schweiz im 19. Jahrhundert» aber auch die folgenden Fragenkomplexe: Worin liegt die Streikursache: Ist sie menschlich-psychologischer, organisatorisch-soziologischer oder ökonomisch-materieller Art? Wie verhält es sich mit den Kompetenzen: Wer beschliesst den Streik, wer befiehlt sein Ende? Wie geht der Streik aus: Ist es ein Erfolg oder ein Misserfolg? Und schliesslich stellt sich nicht nur die Frage: Wieviel Unterstützungsgelder werden aufgewendet?, sondern auch: Woher kommen die Gelder? – Wir können in bezug auf den BBC-Streik von 1899 alle diese Fragen beantworten.

Dagegen kann es natürlich nicht unsere Aufgabe sein, uns theoretisch über den Streik als eine Form des Kampfes auszulassen. Auch in Spezialfragen, etwa den Streit der Staatsrechtler über die

Unterscheidung von Vereins- und Koalitionsfreiheit, können wir uns nicht einmischen, obwohl in unserem Fall die Streikursache direkt in der Koalitionsfreiheit beziehungsweise in deren Missachtung zu suchen ist. Wir glauben der sozialgeschichtlichen Forschung den besseren Dienst zu erweisen, wenn wir uns darauf beschränken, aus dem sehr zerstreut liegenden Quellenmaterial ein möglichst umfassendes Bild dieses Streiks herauszuarbeiten.

2. Ursache und Ausbruch des Streiks

Die Unzufriedenheit der Arbeiterschaft

Der umfassende Streik, der rund sieben Jahre nach der Gründung der Firma Brown Boveri ausbrach, war der vorläufige Höhepunkt einer mehrjährigen Entwicklung. Die Arbeiter waren unzufrieden: teils wegen der Löhne, teils wegen der Behandlung durch ihre Vorgesetzten, vor allem aber wegen der konsequenten Weigerung der Prinzipale, den gewerkschaftlichen Zusammenschluss der Arbeitnehmer hinzunehmen.

Der Arbeiter Emil Stahel sah das Hauptübel in der unfreundlichen Behandlung: «Nachdem (...) die vorstehenden Meisterschaften gezeigt hatten – und dies in ziemlich vielen Fällen –, dass sie eben auch nur launische, etwas herrische Menschenkinder waren, die hie und da ganz energisch den Trotzkopf setzen und dann nicht mehr recht unterscheiden können, was Anstand und Sitte, Recht und Unrecht, konsequentes Benehmen und Protzentum dem Arbeiter gegenüber ist», entstand «das Bedürfnis, eine allgemeine Arbeiterorganisation zu erzielen, um (...) jedes Protzen mässigen und ungerechtes Vorgehen energisch in die nötigen Schranken zurückweisen zu können. Schon längst hatten die Arbeiter einsehen gelernt, dass sie den Herren gegenüber machtlos dastehen, wenn sie sich nicht energisch bemühen, sich vollständig zu organisieren, und dass mit der Existenz eines Arbeiters gespielt wird wie mit einem Spielzeug, welches man nach Belieben hervornimmt, nach und nach weniger schonend behandelt und nach Belieben wieder auf die Seite wirft.»

Dass Massregelungen den Fabrikherren ein gängiges Mittel zur Verdeutlichung ihrer Macht waren, haben wir schon an anderer Stelle gesehen. Je härter aber die Behandlung war, um so verbissener wurde der Widerstand der Arbeiter, und wiederum rückwirkend: je spürbarer der Widerstand der Arbeiter wurde, desto härter versuchten die Unternehmer durchzugreifen. Emil Stahel äussert sich auch über diese Wechselwirkung, natürlich wieder aus der Sicht des Arbeiters: «Ungerechtes Vorgehen einiger Meister gegenüber ihren Untergebenen liess das Bedürfnis zur Tat bringen, und so wurde im Mai 1898 der jetzige Dynamobund ins Leben gerufen.

Die Herren sahen natürlich das Entstehen einer Arbeiterorganisation nicht gern, da sie ganz gut begreifen konnten, dass mit dem Erstarken der Arbeiterorganisation das Ende der Willkürherrschaft immer näher heranrückte und dass ihnen dadurch die Macht, nach Belieben entlassen und massregeln zu können, aus den Händen genommen wurde. Ja noch mehr: Die Herren fürchteten, die Organisation könnte sie zwingen, einen Minimallohn einzuführen, der es den Meistern verunmöglichen würde, allfälligen Wohldienern mehr Lohn zukommen zu lassen, als ihnen von Rechtes wegen gehörte, und dafür solche, die ihnen nicht in den Kram passen, im Verdienste zurückzuhalten und unter den Daumen zu bringen. – Der Dynamobund zählte im Anfang zirka 300 Mitglieder. Deren Anzahl vermehrte sich aber ziemlich rasch und wird jetzt, da durch die Begebenheiten, die dem Streik vorangingen, viele Arbeiter einsehen lernten, dass nur Einigkeit stark macht, sich auf etwa 550 gesteigert haben. Obwohl die Herren bei der Gründung des Bundes und nachher noch manchmal ausdrücklich betont hatten, dass sie den Mitgliedern desselben in keiner Weise Hass nachtragen werden, wurden doch einige davon, wie zum Beispiel Präsident Weber, gemassregelt und sofort entlassen, und dies nur, weil er einen Mitarbeiter in Schutz genommen hatte, der ebenfalls ungerecht entlassen worden war. Aus Mücken wurde ein Elephant gemacht: Einige Worte, die sonst nicht einmal beachtet würden, wurden – unter Hinzuziehung einiger ‚Dichter' – zur Drohung aufgebauscht, und die plötzliche Entlassung war fertig. – Schon damals glaubten die Herren, durch das Anschlagen des Entlassungsdekretes des Dynamobund-Präsidenten die Mitglieder einzuschüchtern. Sie erreichten dadurch aber das Umgekehrte, indem durch diese Vorfälle die Erbitterung bei allen Gruppen und bei allen Arbeitern allgemein wurde und sich die organisierten Arbeiter gezwungen sahen, fester zusammenzuhalten, wenn nicht dem einen oder andern der gleiche Fall passieren wollte. Allgemein wurde man fester davon überzeugt, dass die einzige Rettung, dies es gab, diejenige sei, dass man bei der ersten besten Gelegenheit, die sich biete, diesen wortbrüchigen Herren durch einen Gewaltakt die Zähne zeigen müsse, um ihnen zu demonstrieren und zu beweisen, dass eine richtig geleitete Organisation wohl im Anfang mehr oder weniger gehindert werden kann, nach und nach aber zu einer Macht wird, mit der die Herren wohl oder übel rechnen müssen, auch wenn sie glauben, mit grossen Geldsäcken alles erzwingen zu können.»

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund interveniert

Was waren es für «Begebenheiten, die dem Streik vorangingen», und durch die «viele Arbeiter einsehen lernten, dass nur Einigkeit

stark macht»? Wir versuchen mit Hilfe unseres Quellenmaterials zu rekonstruieren.
Donnerstag, den 15. September 1898, fand auf dem Wettinger Feld eine für die Kleinstadt Baden geradezu sensationelle Schau statt: Grosse Teile des 4. Armeekorps, darunter zwei Kavalleriebrigaden, defilierten vor Bundesrat Müller sowie zahlreichen hohen schweizerischen und ausländischen Offizieren. Das «glänzende militärische Schauspiel» lockte «Legionen» von Zuschauern herbei, schrieb tags darauf das «Badener Tagblatt». Unter diesen «Legionen» befanden sich laut Jahresbericht des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes auch BBC-Arbeiter, die zwar Urlaub verlangt, die Antwort der Geschäftsleitung jedoch nicht abgewartet hatten. Die Firma Brown Boweri reagierte auf diese Disziplinlosigkeit mit Aussperrungen.
Sofort berief der Arbeiterbund Dynamo eine Versammlung ein und bat das Bundeskomitee des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, einen Vertreter abzuordnen. Von den 1100 BBC-Arbeitern erschienen mehr als 500. Weil es nicht um eine vereinsinterne Sache ging, kamen auch zahlreiche Nichtmitglieder; ihrer 110 erklärten am Ende der Versammlung den Beitritt in den Arbeiterbund.
Die für die fehlbaren Arbeiter ausgefällten Strafen sind aus dem Versammlungsprotokoll nicht feststellbar; doch ist ersichtlich, dass man einstimmig den Beschluss fasste, der Firma einen Kompromiss vorzuschlagen in dem Sinne, dass Brown Boveri auf die Bussen, die Arbeiter auf den Lohn für die ausgesperrten Stunden verzichteten. Der Abgeordnete des Bundeskomitees, Schnetzler, beschwor die Versammlung «vorsichtig vorzugehen, um nicht streiken zu müssen.»
Drei Tage später, am 20. September, wurde der Präsident des Dynamobundes, Emil Weber, fristlos entlassen. Er hatte sich im Auftrag des Arbeiterbundes für einen gemassregelten Schlosser bei Meistern und Firmenleitung eingesetzt. Das Entlassungsdekret wurde, offenbar um den exemplarischen Charakter der Strafe zu unterstreichen, am Schwarzen Brett der Firma angeschlagen.
Der Arbeiterbund berief auf das folgende Wochenende eine neue Versammlung ein, und diesmal erschien der Präsident des Bundeskomitees, Kessler, persönlich. Die Versammlung, an der wiederum mehr als 500 Männer teilnahmen, gab ihrer Entrüstung über die Entlassung Webers in einer Resolution Ausdruck: «Die Generalversammlung des Arbeiterbundes Dynamo vom 25. September 1898 beauftragt das Bundeskomitee des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, so lange Sperre über das Etablissement BBC in Baden zu verhängen, bis sich diese Herren die Mühe nehmen, ordentlich und anständig mit den Arbeitern zu verkehren, und diese brutalen Herausschmeissereien der Arbeiter energisch zu verhindern.» Ausserdem beschloss man, «trotz Konventionalstrafen nicht mehr Überzeit zu

arbeiten, bis die Rausschmeisserei aufhört». Die Sperre und die Gepflogenheiten der Firma sollten in den Arbeiterblättern bekanntgemacht werden.
Der Konflikt mit der Firmenleitung kam den Arbeitern allerdings in diesem Zeitpunkt recht ungelegen. Sie hatten nämlich, noch vor dem 15. September, Lohnforderungen gestellt. Nun sahen sie deren Erfüllung gefährdet; denn die Firmenleitung hatte bis jetzt noch keine Antwort gegeben. Bundeskomitee-Präsident Kessler schlug deshalb vor, das Bundeskomitee solle mit den «grossköpfigen Herren» unterhandeln, und zwar sowohl über den ausgebrochenen Zwist als auch über die hängigen Lohnfragen. Der Versammlung war dieser Vorschlag willkommen, und sie erteilte dem Bundeskomitee den entsprechenden Auftrag.
Die Vertreter des Gewerkschaftsbundes verzichteten darauf, den Konflikt und ihre Verhandlungen mit der Firma Brown Boveri in den Arbeiterblättern breitzuschlagen. Dagegen veröffentlichte die «Schweizer Freie Presse», eine bürgerliche Badener Zeitung also, eine Korrespondenz über die Entlassungen bei BBC mit dem unzimperlichen Schluss: «Beide Entlassungen – vornehmlich die zweite, da Weber nicht in eigener Sache, sondern namens des Arbeiterbundes handelte – sind Verletzungen des Koalitionsrechts der Arbeiter. Es zeugt von einer unendlich kleinlichen und naiven Auffassung der Dinge, wenn man glaubt, auf die Dauer die Arbeiterorganisationen ‚bodigen' zu können. Nichts wird die Organisationen mehr stärken und ihnen die Sympathien der übrigen Bevölkerung sichern als der Kampf gegen Unrecht und Brutalität. Nur zu, meine Herren! Die ungerechtfertigten Massregelungen werden sicherlich Früchte zeitigen, freilich nicht im Sinne der Herren Brown Boveri & Cie.» – Das war allerdings deutlich, und dem Herausgeber der Zeitung, Nationalrat und Stadtrat Josef Jäger, schien dabei etwas unbehaglich zu sein. Er fügte dem scharfen Artikel den redaktionellen Nachsatz bei: «Wir publizieren diese Correspondenz auf wiederholtes Verlangen des Verfassers, eines Mannes von wissenschaftlicher Bildung in angesehener bürgerlicher Stellung, dem wir die volle Verantwortlichkeit für den materiellen Inhalt seines Artikels überlassen.»
Die Firma Brown Boveri liess die Vorwürfe unbeantwortet. Dafür druckte das Zürcher «Volksrecht» den Artikel vollumfänglich ab und forderte die Arbeiter auf, «ruhig und entschieden zum Rechte und zu ihren Genossen (zu) stehen», dann werde «die Fabrikleitung nachgeben müssen».
Und wirklich, die Fabrikleitung gab nach; wenigstens wurde es von den Arbeitervertretern des Bundeskomitees, Präsident Kessler und Sekretär Calame, so empfunden. Unter dem Titel «Ein Sieg» publizierte das «Volksrecht» am 15. Oktober die Ergebnisse der Unterhandlungen: «1. Eine allgemeine Lohnerhöhung kann nicht bewilligt

werden, weil die Arbeiter dieses Geschäftes ebenso bezahlt sind wie die Arbeiter anderer gleichartiger Geschäfte. 2. Herr Direktor Zehnder besitzt die Kompetenz, Löhne, welche er zu niedrig findet, aufzubessern. 3. Ein gewisser Prozentsatz über den Taglohn kann bei Akkordarbeit nicht garantiert werden, wohl aber, und zwar unter allem Umständen, der Taglohn. 4. Bei Akkordarbeit soll der Akkordpreis vor Anfang der Arbeit im Akkordbüchlein eingeschrieben werden. 5. Die Geschäftsleitung wird dem Arbeiterbund nichts in den Weg legen, und es werden die organisierten wie die unorganisierten Arbeiter gleich behandelt. 6. Die Direktion ist bereit, in Zukunft wieder mit dem Arbeiterbund Dynamo zu verkehren und zu unterhandeln.» Das «Volksrecht» kommentierte: «Die Anerkennung des Arbeiterbundes ist die Hauptsache.»
Vor 500 versammelten Männern des Dynamobundes erklärte Sekretär Calame am 8. Oktober 1898, «dass nun in Zukunft solch vorgekommene Fälle wie Rausschmeissen als abgeschafft erklärt seien, und dass auch Emil Weber, gewesener Präsident, später wieder Arbeit erhalten werde». Die Sperre über die Firma wurde aufgehoben. War das wirklich ein Sieg? Hatten die Fabrikherren ihre «unendlich kleinliche und naive Auffassung» geändert?

Der Funke ins Pulverfass: Neue Massregelungen

Nur wenige Wochen nach den für die Arbeiter scheinbar erfolgreichen Auseinandersetzungen geschah folgendes:
Die Maler unter den BBC-Arbeitern waren mit ihrem «Meister», dem ehemaligen Schuhmacher Rymann, unzufrieden. Es hiess, er schikaniere seine Untergebenen nicht nur, sondern lasse sie auch «für seinen Geldsäckel und auf Kosten des Geschäftes Frondienste leisten». Aus diesem Grund schlossen sich die Maler zusammen, traten als Untergruppe dem Dynamobund bei und eröffneten ihre Klagen dem Gesamtvorstand. Den ursprünglichen Plan, den Meister Rymann aus dem Geschäft zu drücken – was in Anbetracht seiner Vergehen gegen die Firma ohne weiteres erreichbar schien –, liessen sie zwar fallen, weil seine Entlassung auch seine Familie in Not bringen konnte; doch verlangten sie eine offene Unterredung mit ihrem Vorgesetzten. Der Aktuar des Dynamobundes, Hartmeyer, lud ihn brieflich dazu ein. Rymann war nun aber nicht gewillt, vor diesem Tribunal zu erscheinen, und zeigte den Brief der Fabrikdirektion, und diese reagierte ohne nähere Untersuchung scharf wie eh und je: mit sofortiger Entlassung des Dynamobund-Aktuars Hartmeyer, der den Brief geschrieben hatte. Gleichzeitig wurde auch einem Dreher namens Merz gekündigt, weil er grobe Worte seines Werkführers «refüsiert» hatte.
Die Massregelung Hartmeyers wurde vom Vorstand des Dynamobundes mit Recht als Missachtung des Koalitionsrechtes ange-

sehen, da Hartmeyer im Auftrag des Vereins gehandelt hatte. Deshalb wurden die Mitglieder des Arbeiterbundes auf Montag, den 30. Januar 1899, zu einer ausserordentlichen Generalversammlung einberufen, und wiederum wurde ein Vertreter des Bundeskomitees des Gewerkschaftsbundes dazu eingeladen.
Das Protokoll dieser stark besuchten Versammlung zeugt von der allgemeinen Verbitterung, die sich nach dem Zusammenbruch der gehegten Hoffnungen nun wieder einstellte. Dennoch liessen sich die Arbeiter vorderhand nicht zu überstürzten Aktionen verleiten. Der Vertreter des Bundeskomitees, Boksberger, war der Ansicht, dass «einen Streik zu probieren nicht schaden würde», «wenn keine friedliche Lösung zu erzielen sei», «mahnte aber vorläufig zu strenger Ruhe». Das Verhalten der Fabrikherren wurde im Rückblick auf die Vereinbarungen im vergangenen Herbst als regelrechte «Provokation» empfunden, und die von der Versammlung gefasste Resolution liess denn auch an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig: «Die heutige Versammlung von über 500 Männern erklärt in tiefster Entrüstung über die Massregelung der Arbeiter Hartmeyer und Merz, sie verlange mit aller Energie die sofortige Aufhebung derselben. Das Bundeskomitee wird beauftragt, sofort mit der Fabrikleitung in Verbindung zu treten zur sofortigen friedlichen Lösung der Sache, ansonst die Gewerkschaft jede Verantwortlichkeit für alle Eventualitäten ablehnt.»
Man war einhellig der Ansicht, das Bundeskomitee müsse sich dieser Sache annehmen, «da man wohl wusste, dass es für unsere Mitglieder unmöglich ist, sich mit so redegewandten Herren, wie die Herren Funk etc. es sind, zu messen.»
Doch sollten der Präsident und der Vizepräsident des Dynamobundes, Ritz und Meyer, an den Beratungen des Bundeskomitees in Zürich teilnehmen. Meyer verlangte energisch, «dass beide Entlassungen zurückgenommen werden sollen, und wenn das Bundeskomitee nichts ausrichte, sei noch eine ausserordentliche Versammlung abzuhalten. Dann soll entweder die Gewerkschaft zugrunde gehen oder Streik inszeniert werden, denn dieses lüsterne Rachegefühl haben wir einmal satt». Als Sofortmassnahme beschlossen die Versammelten, vorläufig jede Überzeitarbeit zu verweigern. Man glaubte damit die Firma empfindlich zu treffen, da sie mit dringlichen Aufträgen beschäftigt war.
Tags darauf, am 31. Januar, fand eine Vorstandssitzung des Bundeskomitees des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes in Zürich statt. Unter Anwesenheit von zwei Delegierten des Arbeiterbundes Dynamo aus Baden referierte Boksberger über die ausserordentliche Versammlung des Vortages. Wer mit dem Vermittlungsversuch beauftragt wurde, ist im Sitzungsprotokoll nicht vermerkt; beteiligt waren nachher ihrer drei: Calame, Kessler und Keel.
Mittwoch, den 1. Februar, versuchten Kessler und Keel bei der Di-

rektion der Firma Brown Boveri vorzusprechen. Sie wurden aber vom Fabrikportier abgefertigt mit dem Hinweis, Direktor Funk sei im Ausland.
Da wurde gleich nach Arbeitsschluss, abends sechs Uhr, eine weitere ausserordentliche Versammlung abgehalten, und zwar wieder in der «Linde», der Wirtschaft mit dem grössten Saal der Stadt. Mit 614 gegen 40 Stimmen wurde eine neue, nun deutlich ultimative Resolution gutgeheissen: «Die heutige Versammlung von 654 Arbeitern der Firma Brown Boveri & Cie. beschliesst, es sei die Arbeit erst dann wieder aufzunehmen, wenn sich die Firma zur Unterhandlung mit dem Bundeskomitee des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes bereit erklärt hat.»
Die Beauftragten des Bundeskomitees sollten am Donnerstag um halb neun Uhr nochmals versuchen, mit der Firmenleitung zu verhandeln. Sollte dies wieder nicht gelingen, so werde sofort der Streik inszeniert. Bis dahin sei die Arbeit provisorisch einzustellen, und um zehn Uhr sollten in der «Linde» neue Beschlüsse gefasst werden.
Donnerstag, den 2. Februar, meldete das in Zürich erscheinende «Volksrecht» in einem telegraphisch durchgegebenen Kurzbericht, es seien von den 1100 Arbeitern bei BBC nur 14 gelernte Arbeiter, 78 Handlanger und etwa 50 Lehrlinge zur Arbeit erschienen. Der Umstand, dass wegen eines katholischen Feiertages (Lichtmess) ein Teil der Arbeiterschaft ohnehin dem Arbeitsplatz fernzubleiben gedacht hatte, mochte den übrigen den Entschluss zur Arbeitsaussetzung erleichtern.
Die auf zehn Uhr in die «Linde» berufene Versammlung dauerte nicht lange. Die Beauftragten des Gewerkschaftsbundes meldeten den 900 Versammelten, sie seien auch bei ihrem zweiten Versuch nicht über den Fabrikportier hinausgekommen. Da wurde endgültig der Streik beschlossen.

3. Verlauf des Streiks

Von der Arbeitsniederlegung zum definitiven Streik

(Donnerstag, 2. Februar 1899)

Die Nichtaufnahme der Arbeit am Donnerstagmorgen hatte nur provisorischen Charakter. Aber auch nach dem definitiven Streikbeschluss setzte die Arbeiterschaft – nun sogar in verstärktem Masse – ihre Versuche fort, möglichst rasch zu einer Lösung des Konflikts zu kommen.
Die Firma Brown Boveri, die den Empfang der Bundeskomitee-Abgeordneten verweigerte, liess verlauten, sie hätte eine aus firmeneigenen Arbeitern bestehende Delegation selbstverständlich

zu jeder Zeit empfangen und würden dies auch jetzt noch tun. Darauf sandten die Arbeiter sofort eine Abordnung aus eigenen Leuten, immerhin unter Begleitung des nicht bei BBC arbeitenden Präsidenten der Arbeiterunion, Bischoff; dieser wurde jedoch zurückgewiesen.
Das Ergebnis des Gesprächs war mager. Auf die geforderte Absetzung des Meisters Rymann ging die Firmenleitung nicht ein, und auch über die Entlassung Hartmeyers wollte sie, nachdem bereits die Arbeit niedergelegt war, nicht verhandeln; sie erklärte sich lediglich bereit, dem Entlassenen den Lohn für die zwei Wochen Kündigungsfrist zu bezahlen.
Bischoff und Keel versuchten noch einen andern Weg. Sie baten den damaligen Stadtammann Carl Pfister – einen der beiden Brüder, die vor acht Jahren die Herren Brown und Boveri nach Baden geholt hatten – um einen Vermittlungsversuch. Aber noch während die Arbeiter am späten Nachmittag die erste Streikversammlung abhielten, bekamen sie von Pfister Bericht, er habe bei BBC wie die Arbeiterdelegation nicht mehr erreichen können als die Zusicherung der Lohnzahlung an Hartmeyer während der Kündigungsfrist.
Alle drei Vermittlungsversuche verliefen also erfolglos. Waren die Arbeiter in bezug auf die Entlassung Hartmeyers falsch, das heisst zu spät vorgegangen? Die Frage ergibt sich aus einer offiziellen Erklärung der Firma Brown Boveri im «Badener Tagblatt». Da heisst es: «Wir hätten es nun ganz begreiflich gefunden, dass der Arbeiterbund Dynamo durch eine Abordnung bei uns vorstellig geworden wäre, um uns womöglich zur Zurücknahme unserer Kündigung zu bestimmen. Wir wollen hiermit durchaus nicht sagen, dass wir uns in Anbetracht der dagegenstehenden prinzipiellen Bedenken zu einer solchen Zurücknahme hätten entschliessen können. Jedenfalls hätten wir uns aber einer Besprechung mit Vertretern unserer Arbeiter nicht entzogen, und niemand kann wissen, ob dieselbe nicht zu einer Verständigung geführt hätte. Wir konstatieren aber ausdrücklich, dass von Seite der Arbeiter auch nicht einmal ein Versuch in dieser Richtung gemacht wurde. Es ging uns überhaupt in der ganzen Angelegenheit keinerlei Mitteilung seitens der Arbeiter zu.»
Dieser Behauptung steht die ihr widersprechende Darstellung des Arbeiterbundes gegenüber: «Wenn das Geschäft behauptet, es sei keine Abordnung des Arbeiterbundes bei ihm vorstellig geworden, um die Herren zur Zurücknahme der Massregelung zu bestimmen, so können wir dies nicht begreifen. Tatsache ist, dass am letzten Montag der Präsident des Vereins auf dem Bureau in dieser Sache vorstellig geworden, dass ihm aber vom 1. Werkführer ebenfalls mit der Entlassung gedroht wurde, falls er mit der Messregelung des Schriftführers nicht einverstanden sei. In diesem Falle blieb nun dem Arbeiterbund nichts anderes übrig, als die Vermittlung des Bundes-

komitees des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes anzurufen, wie dies schon einmal, und mit Erfolg, geschehen ist. Die Herren Kessler und Keel vom Bundeskomitee (...) kamen in der Absicht, zu vermitteln und eine Arbeitseinstellung zu verhindern. Nachdem ihnen aber durch den Portier der Bescheid wurde, sie werden nicht empfangen, ‚die Arbeiter sollen nur streiken, solange es die aushalten, halten es die Herren Brown Boveri & Cie auch aus', blieb uns nichts übrig, als zu diesem äussersten Kampfmittel, von dem wir wohl wissen, dass es eine zweischneidige Waffe ist, zu greifen. Hätten die Herren dem Bundeskomitee, sei es auch nur durch den Portier, erklärt, dass sie einer Kommission der Arbeiter Gehör schenken wollen, so wären wir gerne darauf eingetreten, wie wir dies dann ja auch am Donnerstagmorgen getan haben. Tatsache aber ist, dass die Firma vor Ausbruch des Streiks jede Unterhandlung abgelehnt hat.»
Diese Darstellung wiederum wurde von Brown Boveri in der «Schweizer Freien Presse» als «in ihren wesentlichen Punkten durchweg erlogen» bezeichnet.
Es bleibt bei diesen Widersprüchen. Wir haben keine Möglichkeit, die beiden Darstellungen nachträglich zu überprüfen.

Das Stadttheater wird «Streik-Hauptquartier»

(Freitag, 3. Februar 1899)

Auch am zweiten Streiktag wurde seitens der Arbeiter nichts unversucht gelassen, doch noch zu einer Verständigung mit der Firmenleitung zu gelangen. Bei BBC änderte sich die Situation insofern, als jetzt Direktor Funk in Aktion trat. Schliesslich befasste sich an diesem Tag auch Badens Gemeinderat mit dem Ausstand. Sobald BBC-Direktor Funk angelangt war, versuchte der Sekretär des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, Calame, mit ihm ins Gespräch zu kommen. Er wurde auch sogleich empfangen, allerdings mit der Bemerkung, Funk betrachte ihn «nicht als Delegierten der Arbeiter», sondern «als ersten Sekretär (des Gewerkschaftsbundes), den er als aufrichtigen und rechtdenkenden Mann schätze». Nach der Unterredung berichtete Calame der Streikleitung, Funk habe ihm versprochen, seinerseits mit den Herren Brown und Boveri zu verhandeln. Diese seien allerdings verreist, er werde es aber nach deren Rückkehr sofort tun und anschliessend ihm, Calame, Bericht erstatten.
Da die «Linde» wegen Reinigungsarbeiten am Freitag nicht verfügbar war, ersuchten die Arbeiter den Gemeinderat um Erlaubnis zur Benützung der Turnhalle. Das ging wegen Übungen aber auch nicht. Dagegen stellte ihnen der Stadtrat wider alle Erwartung das Stadttheater zur Verfügung unter der einzigen Bedingung, dass die

feuerpolizeilichen Vorschriften befolgt würden. Zu Beginn der ersten Versammlung im Theater bat Kessler deshalb die Streikenden, die Anwesenheit einiger Polizeileute nicht misszuverstehen, sie seien lediglich wegen des Feuersicherungsdienstes da.
In der gleichen Gemeinderatssitzung erhielt Stadtammann Pfister vom Stadtrat offiziell den Auftrag, in der Streiksache zu vermitteln. Die Arbeiterschaft hatte ausdrücklich darum ersucht.
Da im übrigen an diesem Freitag noch keine Lösung des Konflikts in Sicht war, galt es, eine der Streikdisziplin drohende Gefahr abzuwenden; denn am Samstag war bei BBC Zahltag, und es sprach sich herum, «dass viele Willens seien, morgen den Zahltag zu holen». «Herr Kessler (...) warnt entschieden davor, weil dadurch den Herren beziehungsweise den Meistern Gelegenheit geboten werde, jeden einzelnen zu bearbeiten. Das hätte zur Folge, dass wahrscheinlich sehr viele wieder fahnenflüchtig würden. Um jedoch den leeren Geldbeuteln dessenungeachtet ein wenig auf die Beine helfen zu können, werde am Montagmorgen die Streikunterstützung ausbezahlt. Familienväter, die Geld benötigten, könnten schon am Sonntag etwas Geld in Empfang nehmen. Um die Verteilung richtig vornehmen zu können, sei eine Liste aufzustellen, worin sich jeder streikende Arbeiter notieren solle mit den Angaben, ob ledig oder verheiratet, ob Kinder und wieviele und wie alt, organisiert oder nicht; denn alle diese Punkte müssten berücksichtigt werden.»

Neue Initiativen

(Samstag und Sonntag, 4. und 5. Februar 1899)

Am Samstag versuchte ein neuer Mann, die verhärteten Fronten aufzuweichen. Vizeammann Anner sprach mit den massgeblichen Herren der Firma Brown Boveri und unterbreitete ihnen einen Friedensvorschlag, dessen Inhalt leider nicht bekannt ist. Die Unternehmer versprachen darauf, über Malermeister Rymann eine gründliche Untersuchung durchzuführen und dem entlassenen Aktuar Hartmeyer eine Entschädigung auszurichten. Die Arbeiterschaft lehnte diese Offerte aber ab und beschloss, auch am Sonntag wieder zusammenzutreten, um eine allfällige «loyalere Vereinbarung» entgegenzunehmen und über die Wiederaufnahme der Arbeit am Montag zu beraten.
Eine Abordnung der Malergruppe, die am Sonntagmorgen bei Direktor Funk vorsprach, kam unverrichteterdinge wieder zurück. Einer der beiden Gesprächspartner scheint sich dabei nicht sehr diplomatisch verhalten zu haben, denn laut Streikprotokoll «sei Herr Funk so wütend geworden, dass er fast ausser sich die Härte der Tischecken erprobte und die Abgeordneten für gut fanden, sich zu überzeugen, ob der Tisch noch alle vier Ecken besitze».

Die Streikversammlung am Sonntagnachmittag fasste eine neue Resolution, in der erklärt wurde, aufgrund des Vorgefallenen erachte «die Versammlung jede weitere Unterhandlung zwischen Direktion und den streikenden Arbeitern als unmöglich». Das Bundeskomitee wurde weiterhin als Vermittler aufgerufen, nachdem «die Vorgänge des heutigen Tages wieder gezeigt haben, dass eine Annäherung der Parteien ohne Mitwirkung von der Sache fernstehenden Personen nicht zu denken ist». Die Arbeiterschaft sei sich des Schadens eines langen Streikes bewusst, «der Friedensschluss (müsse) aber derart sein, dass er für beide Teile annehmbar ist und für die Zukunft ähnliche Vorkommnisse ausgeschlossen sind».
Trotzdem waren noch nicht alle Fäden zerrissen. Stadtammann Pfister gelang es, beide Parteien zu einer gemeinsamen Aussprache vor dem Gemeinderat zu gewinnen. So setzten sich denn die Herren Brown, Boveri, Funk, zwei Delegierte des Gemeinderates, Pfister und Jäger, und sieben Delegierte der Arbeiterschaft, unter ihnen Calame und Keel, am Sonntagabend zusammen. Sie fochten bis Mitternacht miteinander und – gingen resultatlos auseinander. Die Anwesenheit Stadtrat Jägers, des Redaktors der «Schweizer Freien Presse», scheint der sachlichen Diskussion nicht förderlich gewesen zu sein. Er habe es «für nötig befunden», heisst es im Streikprotokoll, «in einer längeren Rede den Genossen – wie man zu sagen pflegt – so recht die Kappe zu waschen».

Über den toten Punkt hinweg zu neuer Hoffnung

(Montag bis Mittwoch, 6. bis 8. Februar 1899)

Am Montag, also am fünften Streiktag, war man allseits an einem toten Punkt angelangt. Soweit man aus dem noch vorhandenen Material sehen kann, ergriff an diesem Tag niemand die Initiative zu einem Lösungsversuch. Dass auch das Gespräch am runden Tisch im Sitzungszimmer des Gemeinderates kein positives Resultat gezeitigt hatte, wo doch die massgeblichen Leute beider Seiten beisammen waren und genügend Zeit zur Verfügung stand, muss bei allen Beteiligten deprimierend gewirkt und eine gewisse Ratlosigkeit hinterlassen haben. Die Arbeiter hielten am Montag wohl eine Versammlung ab, doch wurde sie gleich nach der Berichterstattung über das misslungene Gespräch vor dem Gemeinderat wieder geschlossen. Darauf wurden zum erstenmal Streikunterstützungen ausbezahlt.
Aber schon am Dienstag erwachten die Lebensgeister wieder. Vizeammann Anner ging, diesmal in Begleitung eines Arbeiters, noch einmal zu Direktor Funk. Es kam jedoch auch bei diesem erneuten Vermittlungsversuch keine Idee zustande, wie die beiden versteiften Fronten aufgeweicht werden könnten, ohne dass die eine oder

andere Partei ihr Gesicht verlieren musste. Über die Behauptung Funks, die Anner in die Streikversammlung mitbrachte, die Firma BBC habe das Vereinsrecht noch nie angetastet, erhob sich empörtes Gelächter.

Inzwischen gingen die beiden Abgeordneten des Bundeskomitees Calame und Keel auf die Suche nach einem neuen, möglichst neutralen Vermittler. Als solcher kam in erster Linie die aargauische Regierung in Frage und unter den fünf Regierungsräten am ehesten Landammann Dr. Müri. Er genoss bei der Prinzipalität der Firma Brown Boveri kraft seines Amtes hohes Ansehen und hatte auch die Sypmpathie der Arbeiterschaft. Der Korrespondent des «Volksrechts» zum Beispiel schrieb: «Wir hegen Vertrauen zu Herrn Landammann Dr. Müri, den wir als Mann kennen, der Verständnis hat für soziale Fragen, der einen weiten und unbefangenen Blick hat in volkswirtschaftliche Verhältnisse.» Müri, den die beiden Abgeordneten aufsuchten, erklärte sich sofort zu einem Vermittlungsversuch bereit, sofern die Streikenden als Gesamtheit ihn darum bäten, was denn auch an diesem gleichen Dienstag telegraphisch noch geschah.

So wurde der Mittwoch – immerhin schon der siebte Streiktag – gewissermassen zum Tag der Hoffnung. Das «Badener Tagblatt» verkündete «Aussichten zu einer für beide Teile annehmbaren Verständigung». Und tatsächlich konnte Keel den Ausständigen in der Versammlung vom Mittwochnachmittag um fünf Uhr nicht nur die Ankunft Müris melden, sondern ihnen zugleich mitteilen, dass «eine annehmbare Offerte vorliege» und an eine Wiederaufnahme der Arbeit am Freitag zu denken sei. Die besagte Offerte wurde der Versammlung allerdings noch nicht eröffnet, da das Streikkomitee darüber zuerst beraten wollte.

4. Abbruch des Streiks

Der Friedensschluss

Über die Verhandlungen zwischen Landammann Müri und der Firma Brown Boveri einerseits und dem Streikkomitee anderseits, durch welche die Voraussetzungen zum Streikabbruch geschaffen wurden, ist nichts Schriftliches mehr aufzufinden. Entweder sind die Unterredungen ohne Protokollaufnahme geführt worden, was wahrscheinlich ist, oder das Protokoll ist verlorengegangen. Dennoch können wir uns über den Streikabbruch ein recht genaues Bild machen. Die Konzessionen, die die Firma eingehen musste, und die Bedingungen, die sie stellte, sind uns in der definitiven Formulierung erhalten. Die streikende Arbeiterschaft konnte bereits am Donnerstag darüber abstimmen. Das Angebot der Firma Brown Boveri lautete:

«1. Die Firma Brown Boveri & Cie. erklärt sich bereit, der Familie des entlassenen Arbeiters H. zur Sicherstellung ihrer Existenz Fr. 200.– zu verabfolgen.
2. Über die gegen den Meister Rymann von seiten der Arbeiter im Verlaufe des Streiks vorgebrachten Anschuldigungen wird eine strenge Untersuchung eingeleitet, und zwar soll dieselbe sowie die Abwandlung des Falles unter dem Vorsitz einer Amtsperson stattfinden. Malermeister Rymann soll bis nach Austrag der Sache in seiner Funktion als Meister eingestellt bleiben.
3. Alle Klagen oder Beschwerden von seiten der Arbeiter oder deren Vereinsorgane sollen von einer Arbeiterkommission untersucht und mit den Anträgen der letzteren der Firma zur Entscheidung und eventuellen Ahndung der Schuldigen vorgelegt werden. Diese Kommission soll aus 18 Mitgliedern bestehen, von welchen die Hälfte durch die Firma, die andere durch die Arbeiterschaft in unabhängiger Versammlung je auf die Dauer eines Jahres gewählt wird. Alle Mitglieder müssen Arbeiter des Geschäftes sein.
Dadurch soll das Recht der Arbeiter oder ihrer Vereinsorgane nicht ausgeschlossen sein, Beschwerden direkt bei der Firma anzubringen.
4. Wegen Zugehörigkeit zu irgend einem Verein oder Vereinstätigkeit ausserhalb des Geschäftes soll kein Arbeiter entlassen, ebensowenig wegen Teilnahme am Streik ein solcher gemassregelt werden. Der Lohn wird ohne jeden Abzug bei Wiederaufnahme der Arbeit ausbezahlt.
Diese Erklärung wird gegeben unter der Bedingung, dass die Arbeit Freitag, den 10. Februar, vormittags zur ordnungsgemässen Zeit wieder aufgenommen wird.
Baden, 8. Februar 1899. Gez. Brown Boveri & Cie.»
Bischoff und Keel plädierten namens des Streikkomitees für Annahme der Bedingungen. Die vom Komitee vorbereitete Antwort hatte folgenden Wortlaut:
«1. Mit Rücksicht darauf, dass in der Offerte der Hauptstreitpunkt, das gesetzlich garantierte Vereinsrecht, von der Firma vollständig anerkannt wurde;
2. dass an den gemassregelten Genossen von der Firma eine Entschädigung über die gesetzliche Kündigungszeit hinaus offeriert wurde; ferner mit Rücksicht auf die persönliche Erklärung des Entlassenen, dass er auf Wiederanstellung definitiv verzichte, beschliesst die heutige Versammlung der Streikenden, es sei die Offerte der Firma anzunehmen in der Meinung, dass über allfällig vorkommende Meinungsverschiedenheiten in bezug auf die Offerte Herr Regierungspräsident Müri als Schiedsrichter angerufen würde. Die Arbeit wird morgen Freitag zu gewohnter Stunde wieder aufgenommen. – Von diesem Beschluss ist der Geschäftsleitung Kenntnis zu geben. – Herrn Landammann Müri wird für seine Be-

mühungen zur Beilegung des Konfliktes der Dank der Arbeiterschaft ausgeprochen.»
Diese Resolution wurde mit 618 gegen 72 Stimmen in geheimer Abstimmung gutgeheissen. Anschliessend an diese letzte Streikversammlung im Stadttheater zogen die Arbeiter formiert und von Musik begleitet durch die Stadt. Sie feierten ihren «moralischen Sieg».

Der «Sieg» der Arbeiter

Betrachten wir die einzelnen Punkte des Friedensschlusses genauer und versuchen sie zu werten, so stellen wir fest:
1. Die Verabfolgung von Fr. 200.– an die Familie des entlassenen Arbeiters war in der Sicht der Firma keine Konzession. Schon zu Beginn des Streiks hatte sie eine Zahlung an Hartmeyer offeriert. Dagegen machte sie seine Entlassung nicht rückgängig. Die ursprünglich wichtigste Forderung der Arbeiter wurde also nicht erfüllt.
2. Ebenso war die Untersuchung über Malermeister Rymann schon in der Sitzung mit dem Gemeinderat versprochen worden; sie war nicht erst die Folge der Intervention Müris. Und der Wert dieses Zugeständnisses konnte sich erst durch das Mass an Objektivität der Untersuchung und deren Konsequenzen ergeben.
3. Als echtes Entgegenkommen der Unternehmer muss dagegen die Gründung einer Arbeiterkommission gewertet werden, zumal das Beschwerderecht der Vereinsorgane ausdrücklich gewährleistet wurde. Wie weit die Bewährung dieser neuen Institution den Hoffnungen entsprach, konnte freilich auch erst die Zukunft lehren.
Gesamthaft betrachtet war der «Sieg» der Arbeiter also eher dünn: Sie verzichteten auf ihre ursprüngliche Hauptforderung und erhielten dafür Versprechungen, deren Wert im Augenblick noch gar nicht bemessen werden konnte.

5. Einzelaspekte des Streiks

Hatte der Streik auch eine ökonomische Ursache?

Die häufigste Streikursache sind unerfüllte Lohnforderungen. Auch die Badener Unruhen im Herbst 1898 hingen mit Lohnfragen zu sammen, wie wir aus den Vereinbarungen zwischen der Firma Brown Boveri und den Vetretern des Bundeskomitees des Gewerkschaftsbundes gesehen haben. In den Streikabbruchbestimmungen vom 8. Februar 1899 ist nun aber weder von Löhnen noch von Arbeitszeit noch von irgendwelchen Sozialleistungen die Rede. Es scheint also,

dass bei diesem Streik die ökonomisch-materielle Ursachenkomponente fehlte. Lässt sich diese Annahme verifizieren?
In der Einleitung des Streikprotokolls, die sehr ausführlich über das Zustandekommen des Streiks und über seine Gründe berichtet, ist von Löhnen nur einmal die Rede. Der Arbeiter Stahel schreibt von der Erstarkung der Arbeiterorganisation und dass die Arbeitgeber deshalb um ihre Macht bangten. Dann folgt die schon angeführte Stelle: «Die Herren fürchteten, die Organisation könnte sie zwingen, einen Minimallohn einzuführen, der es den Meistern verunmöglichen würde, allfälligen Wohldienern mehr Lohn zukommen zu lassen, als ihnen von Rechts wegen gehörte, und dafür solche, die ihnen nicht in den Kram passen, im Verdienste zurückzuhalten und unter den Daumen zu bringen.» Der Passus ist unmissverständlich: Die Unzufriedenheit der Arbeiter wurzelte nicht primär in einer konsequenten materiellen Unterbewertung ihrer Arbeit. Das Lohngefüge war höchstens insofern Mitursache der Auflehnung, als es von den Arbeitgebern dazu missbraucht werden konnte, die Solidarität der Arbeiter zu untergraben.
Es lag der Arbeiterschaft beim Ausbruch des Streiks viel daran, die Öffentlichkeit über die Motive des Ausstandes wahrheitsgemäss zu informieren. In einem Flugblatt, das die Streikenden am Tage der Arbeitsniederlegung in der Stadt verbreiteten, stand neben der Schilderung der uns bekannten Vorkommnisse unter anderem wörtlich: «Es handelt sich für heute nicht um einen Lohnstreit und auch nicht um eine Verkürzung der Arbeitszeit, sondern lediglich um den Schutz des Vereins- und Koalitionsrechts. Wir haben nicht gleichgültig den Kampf heraufbeschworen, aber als Arbeiter, von denen mindestens neun Zehntel Schweizer Bürger sind, können wir uns eine Schmälerung des Vereinsrechtes keineswegs gefallen lassen. Vor keinem Opfer werden wir zurückschrecken, um unserem heiligsten Rechte, das wir Arbeiter besitzen, zum Siege zu verhelfen.» Ähnlich hiess es in einem «aus Arbeiterkreisen» stammenden Eingesandt im «Badener Tagblatt»: «Die Arbeit ist mit heute niedergelegt worden. Um bei der hiesigen Bevölkerung und auswärts keine irrige Meinung aufkommen zu lassen, sei hier festgestellt, dass die Arbeitseinstellung in der Dynamofabrik mit Lohn- und Arbeitszeitverhältnissen nichts zu tun hat. Die Arbeiterschaft ist diesbezüglich zufrieden.»
Es ist gewiss nicht bedeutungslos, dass die Arbeiterschaft die Verletzung des Koalitionsrechts als ausschliessliches Streikmotiv herausstrich. Das Verständnis und die Sympathie der Öffentlichkeit waren so bestimmt eher zu gewinnen, als wenn es sich um die gewaltsame Erzwingung höherer Löhne gehandelt hätte. Es besteht aber keinerlei Grund zu der Annahme, diese öffentlichen Erklärungen seien nur aus taktischen Erwägungen so formuliert worden. Denn tatsächlich ist in den Protokollen der Streikversammlungen

nicht ein einziges Mal von schlechten Löhnen oder von Lohnforderungen die Rede. Im Gegenteil wurde eine Lohnbewegung, die auf den Frühling geplant war, nach dem Streik sogar abgeblasen.
Wir dürfen also konstatieren, dass der Streik in keiner Wiese ökonomisch-materiell motiviert war. Die dem Streik zugrundeliegende Konfliktsituation war teils menschlich-psychologischer, teils sogar organisatorisch-soziologischer Natur.

Die Streikdisziplin

Interessieren muss uns auch, wie vollständig die BBC-Arbeiter dem von einem immerhin beträchtlichen Teil der Arbeiter gefassten Beschluss zum Streik Folge leisteten, wieviele während der acht Streiktage ihre Meinung wechselten, ob sich die Ausständigen diszipliniert verhielten oder ob es zu Ausschreitungen kam. Auch hierüber sind wir in der Lage, ziemlich genaue Auskunft zu geben.
In den Badener Werken der Firma Brown Boveri arbeiteten zur Zeit des Streikausbruches im Februar 1899 rund 1100 Arbeiter. Die ausserordentliche Versammlung des Dynamobundes am Montag, 30. Januar, war von 400 bis 500 Mann besucht. Die Versammlung vom Mittwoch fasste den Beschluss zur provisorischen Arbeitsniederlegung mit 614 gegen 40 Stimmen. Möglicherweise gab es daneben auch Stimmenthaltungen. Am Donnerstag, dem ersten Streiktag, gingen laut «Volksrecht» von 1100 Arbeitern nur 14 gelernte Arbeiter, 78 Handlanger und zirka 50 Lehrlinge zur Arbeit. Eine offizielle Erklärung der Firma Brown Boveri im «Badener Tagblatt» deckt sich mit diesen Angaben: «Auf diese unsere Weigerung hin, mit den Zürcher Delegierten zu verhandeln, wurde in der Arbeiterversammlung gestern Abend beschlossen, heute Donnerstag früh die Arbeit niederzulegen und dies in der Tat von dem weitaus grössten Teile unserer Arbeiter auch ausgeführt.» Wir haben früher darauf hingewiesen, dass dieser Donnerstag (2. Februar) ein katholischer Feiertag war. Die beiden Streikversammlungen waren laut Protokoll von je 800 bis 900 Arbeitern besucht. Und über den Freitag berichtete das «Volksrecht»: «Man hat in gewissen Kreisen den gestrigen Feiertag mit dem Streik in Verbindung gebracht, weil die katholischen Arbeiter vom Lande sowieso nicht gearbeitet hätten. Heute sind diese Leute, welche auf den Zuzug vom Lande grosse Hoffnung setzten, gründlich enttäuscht worden; es gingen 180 zur Arbeit, von welchen 50 Lehrlinge und 85 Handlanger sind, bleiben also 40 bis 45 Berufsarbeiter. Der Streik bietet heute das nämliche Bild: Eine Phalanx von 900 bis 950 Ausständigen. Ruhig und würdig ist die Haltung der Streikenden, was selbst die Gegner unserer Sache zugeben müssen.»

Für die weiteren Streiktage fehlen so genaue Zahlen. Die Beteiligung an den Versammlungen war aber durchwegs gut: nach Angaben des Arbeitersekretärs Calame sank sie nie unter 800. An der Schlussabstimmung über den Streikabbruch gaben ebenfalls 800 Arbeiter ihre Stimme ab.
Wie bei den Streiks üblich, hatte man auch während dieses Ausstandes Streikposten aufgestellt. Sie erfüllten die doppelte Aufgabe: einerseits zu beobachten, wie viele und welche Arbeiter am Arbeitsplatz erschienen, und anderseits, auswärtige Arbeiter über den Streik aufzuklären und wieder fortzuschicken.
Die Zahl der Streikbrecher war nach allen zur Verfügung stehenden Quellen gering und scheint im Laufe der acht Streiktage eher ab- als zugenommen zu haben. Ihre Vermehrung durch reuige Umkehrer wäre zweifellos von der betont streikfeindlichen «Schweizer Freien Presse» lobend erwähnt worden. Wenn man dem «Volksrecht» glauben darf, gab es im Gegenteil Arbeiter, die anfänglich nicht streiken wollten, sich später aber ebenfalls mit den Ausständigen solidarisierten. So sollen am Samstag, auf den hin das Streikkomitee besonders Angst hatte, weil bei BBC Zahltag war, sogar 12 Arbeiter weniger gegangen sein als am Freitag. Und am Montag soll sich die Zahl der Streikenden abermals erhöht und jetzt 950 bis 970 betragen haben.
Calame fand die Zahl der Streikbrecher nicht der Rede wert.
Das disziplinarische Betragen der Arbeiter im üblichen Sinne dieses Wortes war nicht weniger vorbildlich. Das «Volksrecht» attestierte den Streikenden praktisch alle Tage von neuem die «mustergültige Haltung». Ja sogar die «Neue Zürcher Zeitung» sah sich veranlasst, den Badener Arbeitern diesbezüglich ein Lob zu spenden: «Im allgemeinen wird den streikenden Arbeitern nachgerühmt, sie hätten unter sich und der Öffentlichkeit gegenüber gute Disziplin gehalten.»
Ein einziges Mal kam es im Zusammenhang mit dem Streik zu einer Prügelei, bei der die Polizei eingreifen musste. Zwei Gesellen der Ennetbadener Schlosserei Schnyder griffen den nicht streikwilligen BBC-Arbeiter Albert Mitschler so unsanft an, dass dieser sein Messer zog. Die Polizei nahm alle drei vorübergehend in Verwahrung. Später wurden die beiden aggressiven Schlosser zu vier und sechs Wochen korrektionellem Zuchthaus verurteilt, wobei, wie die «Freie Presse» zu berichten wusste, «als straferschwerend die Tatsache ins Gewicht fiel, dass die Misshandlung begangen wurde, weil Mitschler sich nicht an dem Streik beteiligen wollte». Der Aktuar der Streikversammlungen erwähnt den Vorfall ebenfalls und weist darauf hin, dass die Schlägerei nicht von Streikenden inszeniert worden war. Er kann aber eine gewisse Freude nicht verbergen: «Herr Funk habe bereits betont, es sei gestern schon gemesserlet worden. Glücklicherweise hat diese Begebenheit mit den

Streikenden nichts zu tun, indem Arbeiter eines andern hiesigen Geschäftes einen Streikbrecher durchgewalkt haben. Nur ist es schade für die Schläge, die danebengegangen...»
Dass der Streik disziplinierter ablief als viele andere, bestätigt wiederum ein Brief des Arbeitersekretärs Calame, der nach eigener Aussage schon mit mehr als 300 Streiks zu tun gehabt hatte: «S'il est des grêves qu'on peut appeler grève modèle, celle-ci en est certes une. Sur environ 1000 grèvistes pas une désertion, pas une bagarre! Est-ce peut-être parce que la police n'avait pas été renforcée? En tout cas, nous pouvons déclarer hautement que la police de Baden s'est bien conduit, aucune provocation, aucun froissement comme presque partout ailleurs dans ces occasions.»
Und geradezu amtlich bestätigt wird die gute Disziplin der streikenden BBC-Arbeiter in einem Brief, den der Stadtrat am 7. Februar an das Bezirksamt richtete: «Der Ausstand der Arbeiter der Firma Brown Boveri & Cie., der seit letzten Donnerstag, den 2ten dies dauert, hat bis heute der Ortspolizeibehörde noch keinen Anlass zum Einschreiten gegeben.»

Die Kosten des Streiks

Der finanzielle Aspekt eines Streiks eröffnet die Möglichkeit, quantitativ messbare Grössen zu erhalten. Wir könnten, wären uns alle Zahlen eines Ausstandes bekannt, den durch den Ertragsausfall bewirkten Druck auf die Unternehmer messen und ihn mit den finanziellen Opfern der streikenden Arbeiterschaft in Beziehung setzen. Wir könnten den Aufwand mit dem Erfolg vergleichen. Wir könnten die verschiedenen Streiks einer Industriebranche oder auch der gesamten schweizerischen Industrie einstufen und erhielten so eine ungefähre Massgabe für das Gewicht eines Streiks hinsichtlich seines finanziellen Ausmasses. Wir könnten schliesslich auch ermessen, was sich die Gewerkschaft einen Streik kosten liess.
Im Falle des BBC-Streiks von 1899 können wir bei weitem nicht alle wünschbaren Zahlen angeben oder berechnen, immerhin aber einige konkrete und sehr präzise Angaben machen.
Unmöglich auch nur abzuschätzen ist der Ertragsausfall der Firma. Mochte die Direktion ihren Verlust schon aus taktischen Erwägungen nicht öffentlich bekanntgeben, so hatte sie dazu auch keine Veranlassung, da Brown Boveri noch keine Aktiengesellschaft, sondern ein Familienunternehmen war und somit niemandem Rechenschaft schuldete.
Den Lohnausfall der streikenden Arbeiter können wir zwar ebenfalls nicht berechnen, da es keine nach Gesamtarbeitsvertrag geregelten Löhne gab. Immerhin wissen wir, dass ein Taglohn in der Metall- und Maschinenindustrie durchschnittlich etwa 4 Franken betrug. Den

totalen Lohnausfall bezifferte die «Schweizer Presse» auf «über 30 000 Fr.–».
Mehr und genauere Angaben haben wir über die finanzielle Unterstützung der Streikenden. Aus dem – leider mangelhaft geführten – Korrespondenz-Kopienbuch des Bundeskomitees des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes geht hervor, dass der erfahrene Arbeitersekretär Calame zahlreiche Briefe verschickte, in denen er um Unterstützung für die Badener Streikenden bat. Adressaten waren meistens Arbeitervereine und Gewerkschaften. Sehr wahrscheinlich sind auch Hilferufe nach London und nach Deutschland abgegangen. Umgekehrt lehnte Calame gleichzeitig einige an das Bundeskomitee gerichtete Unterstützungsgesuche von Streikenden aus andern Landesgegenden ab, weil er die Hilfe dort nicht mehr für dringlich erachtete oder weil nach den Bundesstatuten eine Unterstützungspflicht nicht bestand. In einem solchen Brief begründete er die Ablehnung unter anderem mit dem Ausstand bei Brown Boveri: «Im übrigen kostet uns der Badener Streik circa 10 000 Franken.» Das war eine Schätzung in einem Zeitpunkt, da der Streik zwar zu Ende war, der Gewerkschaftsbund jedoch noch keine 5000 Franken an Unterstützungsgeldern ausbezahlt hatte und an Spenden noch keine 4000 Franken eingegangen waren. Sie traf den gewerkschaftlichen Aufwand aber letztlich auf hundert Franken genau.
Über die Sammlungen, die zugunsten der Dynamoarbeiter durchgeführt wurden, haben wir detaillierte Angaben. Sämtliche Beiträge – von privater Hand wie von Vereinen, aus Stadt und Region, aus dem In- und Ausland – liefen beim Kassier des Bundeskomitees in Zürich zusammen. Die Abrechnungen darüber, in denen auch Beiträge von einem Franken mit Nennung des Spenders figurieren, erschienen in den Arbeiterblättern. Danach wurden insgesamt 8563 Franken einbezahlt.
Der Deutsche Metallarbeiter-Verband schickte 300 Mark, beziehungsweise 372 Franken. Ein weiterer Beitrag in der Höhe von 245 Franken stammte vermutlich ebenfalls aus Deutschland. Alle übrigen Beiträge kamen aus der Schweiz.
Aus der Stadt Baden selbst gingen 15 Spenden im Totalbetrag von Fr. 578.95 ein. Spender waren der Grütliverein und der Grütlimännerchor, die Arbeiter der Metallwarenfabrik Merker und Oederlin, die Arbeiterunion, der Arbeiterbildungsverein Eintracht, die Schneider- und die Schuhmacher-Gewerkschaft, die Zuschneider der Firma Streuli und die «Commissione dello Sciopero»; zwei Beiträge stammten von Privatpersonen (eine davon der Badener Alt-Friedensrichter) und drei von Ungenannt. Allein von den Arbeitern der beiden grösseren Metallwarenfabriken (neben BBC) wurden 300 Franken gespendet.
Auch im gesamtschweizerischen Rahmen sticht der Beitrag der Metallarbeiter-Gewerkschaften, der Giesser- und Spenglervereine

und wie sie alle heissen, mit rund 3000 Franken deutlich hervor. Unter ihnen wiederum leisteten die Organisationen der Industrien von Zürich, Oerlikon und Winterthur mit über 2500 Franken den Löwenanteil. Im übrigen flossen die Gelder aus den verschiedensten Branchen, von den Hutmachern bis zu den Kaminfegern, und aus allen Landesteilen bis in die Entfernung von Genf und Davos zusammen. Nicht selten bestanden die Spenden aus dem runden Betrag einer Vereinskasse und dem Ergebnis einer spontanen Tellersammlung.

Das Bundeskomitee des Gewerkschaftsbundes legte zum gesamten Sammelergebnis noch rund 1000 Franken aus einer Reservekasse hinzu und unterstützte ausserdem den entlassenen Vereinsaktuar mit etwa 300 Franken, so dass sich die Totalsumme der vom Gewerkschaftsbund verabreichten Unterstützung schlussendlich auf Fr. 9875.– belief. Nicht inbegriffen sind dabei die Spesen der Delegierten, die sich während des Streiks in Baden aufhielten, was noch zusätzlich einige hundert Franken ausmachte.

Pro Tag und Arbeiter konnte also durchschnittlich etwa Fr. 1.20 ausbezahlt werden, 30 Prozent des durchschnittlichen Normaleinkommens. Dabei erhielten Familienväter mehr als Ledige, organisierte Arbeiter mehr als nichtorganisierte.

Nicht mehr festzustellen sind Unterstützungen, die den betroffenen Familien aus der Badener Bevölkerung direkt zuflossen. In Form von Naturalgaben hat es sicher solche direkte Zuwendungen gegeben.

Vergleichen wir die gewerkschaftlichen Unterstützungen beim BBC-Streik mit den Kosten bei andern Streiks jener Zeit, so kommen wir zu einem höchst bemerkenswerten Resultat. In den beiden Jahren 1898 und 1899 gab es in der Schweiz 46 Streiks. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund zahlte an deren Teilnehmer im ganzen Franken 56 747.25. Davon gingen Fr. 9875.– nach Baden: die höchste Summe, die in diesen zwei Jahren an eine Schweizer Stadt entrichtet wurde, das Achtfache des theoretischen Durchschnittsbetrages!